Abend-Ausgabe Nr. 279 Donnerstag, 16. Juni 1938

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus monatlich RM. 3.20, durch Postbezug RM. 3.20 einschl. 48,44 Rpf. Postgeb. (ohne Postzustellungsgebühr) bei siebenmal wöchentlichem Versand. Einzel-Nr. 10 Rpf.; außerhalb Dresdens Versand nur mit Morgenausgabe

Druck u. Verlag: Liepsch & Reichardt, Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42. Fernruf 25241. Postscheckkonto 1068 Dresden. Dies Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden und des Schiedsamtes beim Oberversicherungsamt Dresden

Anzeigenpreise lt. Preisliste Nr. 7: Millimeterzeile (22 mm breit) 11,5 Rpf. Nachlässe nach Staffel B. Familienanzeigen u. Stellengesuche Millimeterzeile 8 Rpf. Ziffergeb. 30 Rpf. — Nachdruck nur mit Quellenangabe Dresdner Nachrichten. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Wir haften nicht für Oesterreichs Auslandsschulden

Bedeutsame Rede von Reichswirtschaftsminister Funk

Bremen, 16. Juni.

Reichsminister Funk hielt eine große Rede über die deutsche Außenhandelspolitik und die internationale Verschuldung. Den Krisenerscheinungen der Weltwirtschaft stellte er die gesunde Wirtschaftslage Deutschlands gegenüber, das heute bereits in der Rohstahlerzeugung die USA übertrifft. In eingehender Untersuchung des Problems, ob Deutschland für die von den früheren Regierungen Oesterreichs eingegangenen Auslandsschulden hafte, lehnte er eine derartige Rechtsnachfolge ab.

Reichsminister Funk hielt seine Rede auf der Festsitzung des „Schütting", des historischen Hauses der Bremer Kaufmannschaft, das sein 400jähriges Bestehen feiert. Im einzelnen führte er etwa folgendes aus:

Die internationalen Erörterungen über die weltwirtschaftlichen Vorgänge zeigen in der letzten Zeit im allgemeinen die gleiche Tendenz, nämlich die Furcht vor einer neuen schweren Krise der Weltwirtschaft. Hierbei treten bemerkenswerterweise zwei Wirtschaftsgebiete als ausgesprochene Gegenpole in Erscheinung, nämlich auf der einen Seite die Vereinigten Staaten von Amerika, die geradezu als das Störungszentrum bezeichnet werden, und auf der anderen Seite Deutschland, dessen Wirtschaft dem neuen Konjunktureinbruch bisher einen ungebrochenen Widerstand entgegengesetzt hat. Diese konträre Entwicklung der beiden Konjunkturextreme wird am deutlichsten durch die Rohstahlerzeugung bewiesen. Die deutsche Stahlproduktion beginnt die amerikanische Produktion zu überflügeln. In den ersten fünf Monaten des Jahres 1938 betrug die Rohstahlerzeugung in USA 9,18 Millionen Tonnen, in Deutschland 9,20 Millionen Tonnen. Dabei betrug die deutsche Rohstahlerzeugung noch vor einem Jahre kaum ein Drittel der amerikanischen!

Wenn es noch einer besonders authentischen Bestätigung für die allgemeine Krisenpsychose bedurft hätte, so ist dies durch die Vertagung der englisch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen erfolgt. Da man heute draußen offenbar die Krise noch als ein unentrinnbares Schicksal betrachtet, beziehen die einzelnen Handelspartner ihre Schutzzollbastionen, um der mit der Krise ausgelösten verschärften ausländischen Konkurrenz standhalten zu können.

Die Ueberschätzung des Weltmarktes

Was bedeutet nun eigentlich dieser sogenannte „Weltmarkt", dessen drohende Krise die Gemüter so sehr in Erregung versetzt? Er bedeutet viel weniger, als man gemeinhin glaubt! Die gesamten Welthandelsumsätze betrugen 1929, also zur Zeit des höchsten bisher erreichten Standes, 284 Milliarden RM. Sie gingen wertmäßig bis auf 106 Milliarden RM im Jahre 1936 zurück und stiegen 1937 auf 130 Milliarden RM. Demgegenüber betrug der gesamte Wirtschaftsumsatz in Deutschland allein im Jahre 1937 210 Milliarden RM. Die Exportquote betrug im Jahre 1937 bei Deutschland 8,7 v. H. des Volkseinkommens, bei den Vereinigten Staaten von Amerika nur 5,4 v. H., bei England 10 v. H. und bei Frankreich 11,4 v. H. Die Entwicklung der letzten 10 Jahre zeigt deutlich, daß die einzelnen Volkswirtschaften bemüht sind, sich von den Einflüssen des Weltmarktes mehr und mehr unabhängig zu machen.

Nach einer grundsätzlichen Betrachtung der zerstörerischen Wirkung politischer Schulden fuhr Reichswirtschaftsminister Funk fort:

Durch die politischen Schulden in Gestalt der Reparationen ist Deutschland an den Rand des Verderbens und um Freiheit und Ehre gebracht worden. Eine politische Schuld wird auch dadurch keine kommerzielle Schuld, daß auf der Gläubigerseite an die Stelle von Staaten private Vermögensbesitzer treten. Diese Charakterisierung der Dawes- und Youngs-Anleihe ist von nationalsozialistischer Seite stets auf das schärfste bekämpft worden. Ich muß wiederholt zum Ausdruck bringen, daß das Prestige des nationalsozialistischen Deutschlands den heutigen Stand der deutschen Staatsanleihen im Auslande nicht verträgt, und daß zunächst einmal ein Arrangement erreicht werden muß, bei dem die durch nichts mehr gerechtfertigten Zinssätze von 7 und 5½ v. H. auf einen normalen Stand gesenkt werden. Die Wiederherstellung des deutschen Kreditansehens verlangt die völlige Beseitigung dieses Schandfleckes, der aus der überwundenen Epoche der deutschen Erniedrigung übriggeblieben ist.

Jede kommerzielle Schuld wird von uns ehrlich erfüllt werden, aber das System der politischen Schulden lehnen wir grundsätzlich ab. Politische Schulden sind, wie die Finanzgeschichte aller Zeiten lehrt, fast immer notleidend geworden. Wer mit Kritik Politik macht, muß damit rechnen, daß die politischen Gegenkräfte diese Anleihen von vornherein mit einem unberechenbaren Risiko belasten. P

(Fortsetzung auf Seite 2)

Vor der „Schlacht um Valencia"?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 16. Juni.

Nach den neuen Erfolgen der Truppen des Generals Franco macht man sich in Paris bereits Sorgen um Madrid. Das kommt sehr deutlich in einem Artikel des „Temps" zum Ausdruck, in dem ausgeführt wird, daß es nach einem etwaigen Fall von Valencia sehr schlecht mit der Versorgung der roten Truppen in und um Madrid bestellt sein würde. In diesem Falle könnten nämlich die roten Truppen in Madrid nur noch über Alicante und Tarragona verproviantiert werden.

Die Sorge des Volksfrontfrankreichs um Rotspanien wird dadurch noch verstärkt, daß die Offensive Francos nach der Eroberung von Castellon weitergeht. So konnten die zwischen Teruel und dem Meer kämpfenden nationalspanischen Truppen neue Erfolge erringen. Man spricht deshalb auch heute schon davon, daß nun die Schlacht um Valencia beginnen habe, wenngleich die Entfernung der nationalspanischen Truppen vom Hauptstoß der roten Front noch etwa 55 Kilometer beträgt.

Kartendienst Erich Zander

Nach der Einnahme von Castellon ist in der Nationalofensive noch kein Stillstand eingetreten. Die Stadt Villareal wurde genommen und der Fluß Mijares ohne Schwierigkeiten überschritten. Auf Valencia wurden bereits mehrere Bombenangriffe durchgeführt. Die punktierten Linien geben die Ausgangsstellungen von Ende April und Ende Mai an

Aufn. Weltbild

Uebungen der Luftwaffe in Anwesenheit des Führers

Wie bereits berichtet, fand in größerem Rahmen eine Besichtigung der Lehrtruppen der Luftwaffe durch den Führer und Obersten Befehlshaber der Wehrmacht statt. Unser Bild zeigt den Führer bei der Beobachtung der Vorführungen der Luftwaffe. Links hinter dem Führer der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht, General der Artillerie Keitel

Sowjetmanöver an Polens Grenze verlängert

Wegen der tschechischen Militärmaßnahmen? – Polnische Stimme über Prags Politik

Drahtmeldung der „Dresdner Nachrichten"

Warschau, 16. Juni.

Die unweit der polnischen Grenze zur Zeit stattfindenden Sowjetmanöver, an denen auch Sonderabteilungen der GPU mitwirken, sollen verlängert werden. Der Grund hierfür ist nicht bekannt.

Neben den in der letzten Zeit verschiedentlich zutage getretenen Mängeln im Ausbildungsstand der Sowjettruppen wird die Begründung vor allem in der militärischen Zusammenarbeit mit der Tschecho-Slowakei im Anschluß an deren Mobilisierungsmaßnahmen gesehen. Die ablehnende Haltung, die man in Warschau gegenüber der Prager Nationalitätenpolitik einnimmt, dürfte dabei auch eine Rolle spielen.

Diese polnische Haltung kommt soeben erneut zum Ausdruck in einem Artikel des „Expreß Poranny", der an der grundsätzlichen Struktur des tschecho-slowakischen Staatsgebildes harte Kritik übt und u. a. schreibt: In der Tschecho-Slowakei ist der geschichtliche Prozeß der Selbstbestimmung der Nationen seit 20 Jahren aufgehalten worden. Die Tschechen, die die Verwirklichung des Grundsatzes seiner Zeit am lautesten forderten, haben aus ihrem Staat einen Widerspruch dieses Grundsatzes gemacht. Die Tschechen, die sich die Zerstörung Oesterreich-Ungarns zum Ziel gesetzt hatten, haben gleichsam ein „neues Oesterreich-Ungarn" geschaffen, das sich von dem alten nur dadurch unterscheide, daß nicht die Deutschen die regierende Nation sind, sondern die Tschechen.

Die Nationalitätenfrage ein Weltproblem

Henlein-Interview im „Evening Standard"

London, 16. Juni.

Konrad Henlein hat einem Vertreter des „Evening Standard" ein Interview gegeben, in dem er zunächst zum Ausdruck bringt, daß er die Forderungen der Sudetendeutschen Partei auf dem Verhandlungsweg durchdrücken wolle. Eine weitere Verschiebung der grundlegenden Neugestaltung müsse die Zukunft der Tschecho-Slowakei auf das ernsteste bedrohen.

Henlein wurde darauf gefragt, ob er im Falle eines Scheiterns der Verhandlungen entweder an alle Mächte oder an eine Mächtegruppe oder sogar nur eine einzige Macht appellieren würde. Henlein erwiderte darauf, daß das Nationalitätenproblem in der Tschecho-Slowakei heute ein Weltproblem sei. Niemand täusche sich mehr darüber, daß die Beibehaltung des jetzigen Zustandes eine ständige Bedrohung für den Frieden Europas bedeute. Er habe Grund zu der Annahme, daß die Westmächte selbst die Initiative ergreifen würden, falls sein Plan zu einer friedlichen Lösung fehlschlagen würde.

Neger wollen NSU-Offiziere werden

Drahtmeldung der „Dresdner Nachrichten"

Neuyork, 16. Juni.

Robert Mann, Redakteur der größten amerikanischen Negerzeitung „Kurier", wandte sich an Präsident Roosevelt mit der Bitte, die Einschränkungen zu beseitigen, die es Negern verwehren, als Angehörige der Armee befördert zu werden. Er schlug Roosevelt vor, Neger in allen Waffengattungen zuzulassen und die Bildung einer besonderen Negerdivision zu gestatten. Zur Kriegsakademie sollen mindestens acht Neger zugelassen werden. Die Beförderungsvorschriften seien so zu gestalten, daß Neger auch Offiziere werden können. Von 13 Millionen Negern in den Vereinigten Staaten könnten bisher nur 5000 in der Armee dienen, obgleich die Neger fast 10 v. H. der Bevölkerung ausmachen. Vor allem interessierte sich die Negerjugend für Marine und Fliegerei. Präsident Roosevelt hat sich hierzu noch nicht geäußert. Man glaubt nicht, daß die Wünsche der Neger Berücksichtigung finden, zumal das ganze Land heftig dagegen protestieren würde.